

Manche erinnern sich vielleicht noch an die Sentenz des Historikers Michael Stürmer, eines Beraters von Helmut Kohl: »Wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«, werde die Zukunft gewinnen – ein angesichts der vorausgegangenen Jahrzehnte des Ver- und Beschweigens der neueren deutschen Geschichte durchaus überraschender Satz. Dass dieser programmatische Umschlag ausgerechnet im Rahmen der Kohlschen »geistig-moralischen Wende« erfolgte, mag auf den ersten Blick noch erstaunlicher sein. Aber er passte in die Zeit.

Wem der unverhohlenen instrumentelle Ansatz und der ihn prägende nationale Ton nicht behagte, war beim damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gut aufgehoben. In seiner bekannten Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 eröffnete er mit

feiner auch der Politik begriffen. Deutschland hatte wieder die Stärke dazu.

Für die erinnerungspolitische »Wende« gab es vorbereitende innen- wie außenpolitische Gründe. Doch waren sie für die weitere Entwicklung letztlich nicht ausschlaggebend. Denn mit dem Jahr 1989 machte die »Weltgeschichte« selbst die entscheidenden Vorgaben. Nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg bedurfte es einer neuen hegemonialen Ideologie, die über die alte Fixierung auf den »Kommunismus« hinauswies. Die Stunde der »Universalisierung des Holocaust« und ihrer Menschenrechtskonzeption war gekommen. Die wirtschaftliche »Globalisierung« schien ihr weltweite Verbreitung zu sichern.

Die von den USA initiierte ideologische Neuausrichtung begann mit der Kampagne »Crusade for Justice«. Sie muss letztlich als in sich grundsätzlich widersprüchlich gewer-

neuer Unrechtstatbestände: Es begann die Zeit der »Menschenrechtskriege« samt begleitendem *nationbuilding*. Dass der Höhepunkt einer auf dieser Strategie fußenden »Weltinnenpolitik« überschritten wurde, haben wir mit dem Rückzug der USA aus Afghanistan gerade erlebt. Dieser signalisiert jedoch nicht nur ein neues weltpolitisches Konzept der USA – seit Jahren wird von der US-Administration die Konzentration auf den indopazifischen Raum mit China im Fokus betrieben –, sondern er zeigt auch die Bedingtheit und die Vordergründigkeit solcher Art »Menschenrechtsverteidigung«. Dadurch nimmt der gesamte Legitimationskontext Schaden.

Zwar hatte Deutschland sich dem historischen Teil des »Crusades« in den neunziger Jahren mit aller Kraft zu entziehen versucht, doch angesichts der hegemonistischen Quintessenz, wie sie in Stockholm formuliert wurde, war die deutsche Regierung dort fast über-

Konjunktur der Revisionen

Zur Entwicklung geschichtspolitischer Maßgaben. Eine Skizze unter besonderer Berücksichtigung sächsischer Verhältnisse.
Von Rolf Surmann

seiner Vorstellung von Erinnerung als Weg zur erlösenden Heilung neue Optionen der Geschichtsaneignung. Seine Definition des 8. Mai als »Tag der Befreiung« wies zugleich auf die Ambivalenz seines Denkens hin: Einerseits erfolgte – im Unterschied zu Helmut Kohl – eine eindeutige Distanzierung von den nazistischen Verbrechen und ihren nach 1945 üblichen Verleugnungen, andererseits konnte sich die gegenwärtige Gesellschaft damit selbst außerhalb dieses Kontinuums stellen. Von Weizäckers Vorstellungen über die notwendigen Voraussetzungen hierfür waren, wenig überraschend, nicht geeignet, das Kontinuum selbst zu beenden. Es blieb jedoch das Bild von der Erinnerung als erlösender Kraft.

Ob nun in von Weizäckers oder in der Kohlschen Form: In den achtziger Jahren änderte sich die westdeutsche Haltung zur Geschichte. Sie wurde zunehmend als kulturelle Ressource der Gesellschaft und immer of-

tet werden, verfolgte sie doch zwei konfligierende Absichten. Einerseits setzte sie mit dem Anspruch, nach dem Zweiten Weltkrieg produzierte »nationale Nachkriegsmythen« aufzuarbeiten, die Prüfung unzähliger Kontinuitäten alten Unrechts samt dem mit ihm verbundenen materiellen Nutzen durch. Bekanntlich reichte er von Raubgold über nicht restituierte Kulturgüter bis zu unentschädigt gebliebener Zwangsarbeit.

Andererseits wurde mit der »Stockholmer Erklärung« im Jahr 2000 nicht nur der 27. Januar als weltweiter Erinnerungstag an den Holocaust und ein entsprechendes Bildungs- und Kulturprogramm in Kraft gesetzt, sondern auch der Anspruch auf weltweite »Menschenrechtsinterventionen« mit der Begründung formuliert, ähnliche Verbrechen wie den Holocaust künftig verhindern zu wollen. Damit entpuppte sich die erklärte Überprüfung und fallweise Linderung alten Unrechts als Voraussetzung und Legitimation

repräsentiert. Denn der Platz an der Seite der Sieger von 1945 und 1989 eröffnete nicht nur aussichtsreiche weltpolitische Perspektiven, sondern er schien auch den Blick zurück durch den Blick nach vorne endgültig ablösen zu können. Das verlieh dem Holocaust in der deutschen Politik zusätzliche Relevanz.

Allerdings musste nahezu gleichzeitig ein Konzept für die Integration der ehemaligen DDR in die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik entwickelt werden. Dabei ließ man sich, wenig überraschend, nicht von einer offenen Fragestellung leiten, sondern erklärte die Herrschaftsordnung der BRD zum Mantra. Für die Formulierung der notwendigen Legitimations- und Integrationsideologie setzte der Bundestag zwei Enquete-Kommissionen ein, in denen die Politiker unter Mithilfe von Historikern die alte Totalitarismustheorie reaktivierten. Doch angesichts der Fokussierung auf Faschismus und Kommunismus stellte sich nicht nur die Fra-

ge nach deren spezifischer Wertung, sondern auch nach der Bedeutung des Holocaust in diesem Kontext. Anders als auf der »Stockholm-Ebene« bedurften die unterschiedlichen Formen gesellschaftlichen Unrechts also einer Inbeziehungsetzung. Das Thema führte damals zu einer heftigen Kontroverse und ist bis heute nicht abgeschlossen.

Der Streit um den Holocaust

In der Regel wurde die Auseinandersetzung nicht grundsätzlich ausgetragen, sondern sie machte sich an Orten mit einer besonderen Geschichte fest: an Orten mit einer sogenannten doppelten Vergangenheit. So gerieten in den neunziger Jahren die sowjetischen Speziallager ins Blickfeld, bei denen oft, wie auch im Westen, die Gebäude ehemaliger Konzentrationslager genutzt wurden. Sie wa-

Nazi-Tätern bis zu politischen Gegnern der sowjetischen Ordnung reichte. Zum anderen gab es durch die Zeitumstände – allgemeine Hungersnot –, aber auch durch eine rein administrative Lagerverwaltung, die den besonderen Lebensbedingungen keine Beachtung schenkte, eine hohe Sterberate. Berücksichtigt werden muss ebenfalls, dass die Internierungslager bei den Deutschen verhasst waren und es schon früh Bestrebungen gab, sie grundsätzlich für kriegsverbrecherische Einrichtungen der Alliierten zu halten.

Obwohl die politisch-wissenschaftlichen Gremien einen Formelkompromiss verabschiedet hatten, nach dem die NS-Verbrechen nicht relativiert und die stalinistischen Verbrechen nicht bagatellisiert werden sollten, kam es zu Skandalen mit dem Ziel der Gleichsetzung der in der Nazi-Zeit Verfolg-

mieden werden sollte. Deshalb überrascht es auch nicht, dass der Holocaust zwar im Stiftungsgesetz auf vielfältige Weise benannt wurde, seine Singularität aber keineswegs. 2004 stellten deshalb der Zentralrat der Juden und der Zentralrat der Sinti und Roma sowie die übrigen Vertretungen von NS-Verfolgten ihre Mitarbeit in den sächsischen Stiftungsgremien ein.

Es wäre falsch, hierin nur eine sächsische Besonderheit zu sehen. Denn zur selben Zeit forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke mit Unterstützung seiner Fraktion ein an Sachsen angelehntes »Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen«, weil er die Erinnerungsarbeit für die Zeit nach 1945 »im Schatten der NS-Aufarbeitung und deshalb behindert« sah. Dieser Versuch,



Wessen Gedenken ist das Gedenken? – Auf dem Friedhof von Halbe/Brandenburg sind Wehrmachtssoldaten, hingerichtete Wehrmachtsdeserteure, NS-Zwangsarbeiter sowie im sowjetischen »Speziallager« Ketschendorf Gestorbene begraben, September 2020

ren auf gemeinsamen Beschluss der Alliierten eingerichtet worden, um nach deren militärischem Vorrücken die personelle Infrastruktur des Nazi-Regimes zu zerstören und Obstruktion in den besetzten Gebieten zu unterbinden. Bei den Internierten handelte es sich also im Prinzip nicht um Kriegsverbrecher und sonstige extrem belastete Nazi-Täter, sondern um die Funktionäre von Nazi-Organisationen wie etwa der NSDAP oder der Hitler-Jugend, unabhängig von ihrer möglichen persönlichen Schuld.

Vor allem zwei Faktoren erschwerten bei den sowjetischen Speziallagern die Beurteilung dieser an sich nachvollziehbaren Entscheidung: Zum einen war die Belegung der Speziallager nicht homogen, sondern umfasste ein Personenspektrum, das in unterschiedlichen Phasen von schwerbelasteten

ten und derjenigen, die nach 1945 interniert worden waren. Die intendierte nivellierende Viktimisierung, die letztlich zu einer Täter-Opfer-Metamorphose führte, wurde vor allem in Sachsen forciert, wo zum Beispiel in der Torgauer Ausstellung »Spuren des Unrechts« die Biografien von Internierten, unter denen sich schlimmste Nazi-Täter befanden, mit dem Satz eingeleitet wurden: »Sie alle machte die stalinistische Isolierungspraxis unterschiedslos zu neuen Opfern.« Der Interpretationsansatz fand in der sächsischen Erinnerungspraxis insofern seine Fortsetzung, als das sächsische Gedenkstättengesetz gemeinsame Gremiensitzungen von Verfolgten des Nazi-Regimes und »Opfern des Stalinismus« vorgab und bei Gedenkorten eine Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Verfolgtengruppen ver-

den sächsischen Erinnerungsansatz bundesweit zu etablieren, scheiterte nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland. Doch wäre es kurzschlüssig, hierin nur die Abwehr der allgemeinen Gleichsetzung von Nazi-Diktatur und »Kommunismus« zu sehen. Denn die sächsische Landesregierung sah sich danach gezwungen, ihr Gedenkstättengesetz zu überarbeiten und insbesondere die Singularität des Holocaust anzuerkennen.

Das Thema war damit nicht erledigt. Denn gleichzeitig mit der Anhörung zum überarbeiteten Gedenkstättengesetz im sächsischen Landtag wurde bekannt, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wie auch die Stasi-Unterlagen-Behörde der von den osteuropäischen Visegrad-Staaten gegründeten Platform of European Memory and Conscience beigetreten war. Die Plat-

AB
SEIT
JAH
1975

Galerie der abseitigen Künste

SUBSKRIPTIONSANGEBOT

WERKSAUSGABE
ZUM 100. GEBURTSTAG
VON PIER PAOLO PASOLINI



Die Gespräche des jüdischen Kosmopoliten und Filmjournalisten Gideon Bachmann (1927-2015) mit Pier Paolo Pasolini in den Jahren 1963-1975 werden hier zum ersten Mal vollständig in deutscher Übersetzung vorgelegt.

Band 1
**PASOLINI BACHMANN
GESPRÄCHE
1963-1975**
Mit Fotos, ca. 250 Seiten



Band 2
**BACHMANN PASOLINI
KOMMENTAR
FABIAN VITALI**
Ca. 690 Seiten
Ausgabe: Hardcover, gebunden
ISBN: 978-3-048478-01-8
Ersteinst: Januar 2022

Beide Bände: €64,00



SUBSKRIPTIONSPREIS bis zum 15. Januar: €54,00
Zu Bestellen:
www.galerie-der-abseitigen-kuenste.de/gdsk-shop

LAIKA-VERLAG

Neuerscheinungen 2021:

Sherin Abu Chouka Frauen*, die kämpfen

Interviews mit 23 widerständigen Frauen* aus Chile in dem interview-Buch «Frauen*, die kämpfen» können Frauen* zu Wort, die in Chile in verschiedenen Regionen und unter ungünstigen Lebensumständen leben und kämpfen. In 23 Interviews erzählen sie von ihren Anliegen, Analysen und Aktionen.



156 Seiten,
Bilderdruck mit Softcover,
ISBN 978-3-044233-03-2
erschienen August 2021,
€ 15,00

Ilhami Akter Verfolgung, Flucht und Solidarität Bericht über ein fortwährendes Schicksal der Kurden in der Türkei.

Ilhami Akter, Jahrgang 1972, entstammt einer kurdischen Familie aus dem Dorf Zeloşir bei Karaköy. 1989 floh Akter auf Beschluss der Familie als 17-Jähriger nach Deutschland, um der zunehmenden Repression und dem drohenden Mordrisiko im repressiven türkischen Staat zu entgehen.

ca. 310 Seiten,
Softcover mit Klappeneinschlag,
zahlreiche farbige Abbildungen
ISBN 978-3-044233-04-9
erschienen Oktober 2021,
€ 17,00



Erhältlich im lokalen
Buchhandel oder in unserem LAIKA-Shop:
shop.laika-verlag.de

form ist eine erinnerungspolitische Pressure Group, die im Sinne der Länder Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei Einfluss auf die europäische Erinnerungspolitik unter anderem mit Hilfe von Lobbyarbeit im Europaparlament nimmt. Bezeichnend für ihre Ausrichtung ist, dass sie, gewissermaßen als Kontrapunkt zum 27. Januar, den 23. August als Tag der Unterzeichnung des »Hitler-Stalin-Pakts« zu einem europäischen Gedenktag machen will. Der Beitritt zeigt, dass sich in Sachsen zwar das Vorgehen geändert hat, das Ziel aber nicht aufgegeben wurde.

Neue Revisionen

Die detaillierte Darstellung soll zeigen, dass entgegen dem allgemeinen Erscheinungsbild die Stellung des Holocaust auch in Kernbereichen dieser Gesellschaft keineswegs unumstritten ist, sondern dass es gesellschaftlich präparierte Sollbruchlinien gibt, die im Fall veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu erinnerungspolitischen Neuorientierungen führen können. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die AfD.

Sieht man sich den politischen Kontext ihrer Entstehung an, fällt auf, dass für ihr Insistieren auf nationalen Interessen im Rahmen der EU die veränderte Stellung Deutschlands in der europäischen Krise, wie sie etwa während der Finanzkrise mit der Austeritätspolitik gegenüber Griechenland demonstriert worden ist, ein wichtiger Antrieb ist. Hinzu kommt das allgemeine Verblassen europäischer Fortschrittsutopien, das ähnlich wie auch in anderen Ländern zur Renaissance national geprägter politischer Vorstellungen führt. Vor dem Hintergrund weltweiter Krisenerscheinungen, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen und daraus resultierenden Fluchtbewegungen führen, komplettiert sich ein völkisch-nationales Gesellschaftsbild, das die aktuell noch vorherrschenden offiziellen Erinnerungsstandards verweigert und offen ist für die westdeutsche Ideologie der Nachkriegszeit, in der weder der Holocaust noch andere Nazi-Verbrechen eine signifikante Rolle spielten.

Keine Überraschung also, wenn AfD-Politiker von der Nazi-Herrschaft als einem »Vogelschiss« reden. In der Aufregung hierüber steckt auch ein Stück Amnesie bezüglich der westdeutschen Geschichte. Denn so oder so ähnlich haben westdeutsche Politiker über Jahrzehnte geredet, bis die anfangs angesprochene geschichtspolitische Neuorientierung einsetzte. In personeller Hinsicht zeigt sich der Zusammenhang zum Beispiel daran, dass ein Martin Hohmann, einst von der um eine Trennungslinie zu solchen Positionen bemühten Angela Merkel aus der CDU aussortiert, bis zur letzten Wahl AfD-Bundestagsabgeordneter war.

Eine andere Bedeutung haben die der AfD nahestehenden Ideologen der Neuen Rechten. Sie gehen über das ideologische

Preppertum des AfD-Mainstreams hinaus, doch ist ihr politisches Potential bis dato nicht nennenswert. Solange sie weiter vor sich hinschreiben und nicht wie die italienischen Faschisten nach dem Ersten Weltkrieg zeitgeistprägende Visionen à la »Futurismus« für sich adaptieren, sind sie nicht wirklich beunruhigend. Damit soll nicht ihrer Unterschätzung Vorschub geleistet, sondern darauf verwiesen werden, dass die einseitige Fokussierung auf diesen Personenkreis insofern kontraproduktiv ist, als er seine Wirkmöglichkeiten, auch in erinnerungspolitischer Hinsicht, in erster Linie dem Unvermögen der etablierten Politik verdankt. Hier hat die Kritik in erster Linie anzusetzen.

Bezüglich der bereits angesprochenen Visegrád-Staaten verhält es sich ähnlich. Auch hier haben die Zukunftsprojekte der politischen Moderne wie der Zusammenschluss zur Europäischen Gemeinschaft nicht die erwartete Strahlkraft entwickelt, die einige dieser Staaten davon hätte abhalten können, ihr Selbstverständnis zumindest partiell aus ihrer vormodernen Geschichte abzuleiten. Das hindert sie, ihre Beteiligung an den großen Verbrechen des letzten Jahrhunderts angemessen aufzuarbeiten. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die Rolle des Antisemitismus in Polen und das andauernde Unvermögen, den aus der Geschichte resultierenden Verpflichtungen gegenüber den Juden nachzukommen.

Paradoxaerweise macht jedoch ausgerechnet die traditionelle Gegnerschaft zum Zarenreich und später zur Sowjetunion diese Geschichtsideologie auf europäischer Ebene anschlussfähig. Sie trifft sich mit dem Bestreben, die »Einigung« Europas bis zum Ural voranzutreiben, und sei es mit einem Regime Change in Russland als erstem Schritt. Die Visegrád-Staaten fungieren dabei als Stichwortgeber für die geschichtsrevisionistischen und russlandfeindlichen Beschlüsse des EU-Parlaments. Für manche ist es ein Zusatzgewinn, dass Kooperationen dieser Art zur Herausbildung der angestrebten »europäischen Identität« beitragen.

Die Instrumentalisierung der Geschichte ist ein weiterer Schritt, die entscheidende Aufgabe der Aufarbeitung des Vergangenen partikularen Interessen unterzuordnen. Sie ist damit mehr als ein irgendwelchen Umständen geschuldeter Fehler, sie ist Ausdruck eines ideologischen Zerfallsprozesses. Damit bahnt sich auch in Europa an, was sich weltweit mit dem Ende des Kolonialismus schon seit langem vollzieht und von der Denkrichtung der Postkolonialen Studien programmatisch formuliert wird: Die geistige Vorherrschaft der westlichen Kultur ist in Frage gestellt, die universale Geltung des Holocaust damit erst recht.

Rolf Surmann schrieb in konkret 11/21 über das ideologische und politische Versagen der Postcolonial Studies